Gérard Grunberg: Die fatale Krise der französischen Sozialistischen Partei

Das Forschungskolleg Humanwissenschaften der Frankfurter Goethe-Universität hat 2020/21 eine Vortragsreihe zu den „Perspektiven der Sozialdemokratie in Europa“ organisiert und u. a. den Vortrag von Gérard Grunberg mit dem Titel „Die fatale Krise der französischen Sozialistischen Partei“ vom 16.12.2020 online zur Verfügung gestellt.

Grunberg erläutert die Entwicklung der französischen Sozialistischen Partei im historischen Rahmen und vor dem Hintergrund des französischen politischen Systems. Die Partei hatte seit ihrer Gründung eine marxistischen Grundposition und keine Reformismus-Debatten wie die deutsche Sozialdemokratie („Bernstein“, „Godesberg“). Sie war traditionell eine schwache Partei, die es bei den Wahlen von 1969 auf 5% gebracht hatte, während die Kommunisten 20% errangen. Sie war keine Arbeiterklassen-Partei, sondern eher eine Partei der Mittelklasse.

Auch die Ablehnung des französischen Präsidialsystems führte dazu, dass sich kein Kandidat für die Präsidentschaft aufdrängte. Francois Mitterand war nie Sozialist oder Marxist, hatte aber die Idee der Übernahme der Präsidentschaft als Kandidat der Linken (er trat erstmals 1974 an und wurde 1981 tatsächlich zum Präsidenten gewählt). Das Dilemma von Präsident und Sozialistischer Partei beschreibt Grunberg an zwei Punkten:

(1) Obwohl die Partei das (dem der USA nicht unähnliche) französische Präsidialsystem politisch ablehnte und eine Verlagerung der Macht zum Parlament wollte, hat es Mitterand die mit dem Amt verbundene Macht gerne genutzt
(2) Das Programm von Partei und Präsident war antikapitalistisch, vom Bruch mit dem Kapitalismus war die Rede. Das lange Regieren hat zu Kompromissen mit dem kritisierten Liberalismus geführt, die der Partei zunehmend unerträglich erschienen.

1977 hat der Parteichef Lionel Jospin die Weichen neu gestellt, die Relevanz des Präsidialsystems auch für die Ausrichtung der Partei akzeptiert und die Marktwirtschaft bejaht. Bei der Wahl 2002 ist er schon im ersten Wahlgang gescheitert, er lag hinter der rechten Partei „Front National“. Im Gefolge der Niederlage gab es in der Partei wieder einen Schwenk nach links. Es gab wieder Ideen für eine „sechste Republik“ mit einer Stärkung des Parlaments und einen ausgeprägten Anti-Liberalismus und Antikapitalismus. 2012 wollte

Francois Hollande nicht als starker Präsident auftreten, in den Wahlkampf ist er als Feind des Finanzkapitals gegangen. In der Regierungspraxis stand dann aber die Förderung der Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft im Mittelpunkt, was die Partei und Teile der Parlamentsfraktion als unerwünschte Politik zugunsten des Kapitals kritisierten. Es herrschte ab 2014 ein permanenter „Krieg“ zwischen Partei und Präsident, der vor seiner erneuten Kandidatur in parteiinterne Vorwahlen gehen sollte – was der ablehnte und lieber aufgab.

2017 erreichte der Kandidat der Sozialistischen Partei 6% der Wählerstimmen, die Zahl der Abgeordneten sank von 300 auf 31. Der rechte Flügel der Partei ist zu Emmanuel Macron übergelaufen, die Partei hatte kaum noch Mitglieder und kein Geld mehr. Ende 2020 erklärte der neue Parteivorsitzende das Ende der sozialistischen Partei und sagte zumindest sinngemäß: Wir sind die Partei der sozialen und ökologischen Republik. Für die anstehende Präsidentschaftswahl gibt es zunächst keinen Kandidaten bzw. keine Kandidatin, und die gehandelten Personen (wie die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo) haben schlechte Aussichten.

Grunberg berichtet, dass die französische Arbeiterklasse (ca. 15-20% der Wähler) mehrheitlich den rechten Front National wählt und nicht links. Motto: unsere Feinde sind die Einwanderer und nicht die Kapitalisten. Die gesamte Linke hat ein Potential von ca. 30%, und am linken Rand dominiert eine Bewegung unter Führung von Jean-Luc Mélenchon, der in den ersten Wahlgängen 2012 immerhin 21,5% und 2017 noch fast 20% erreichte. Grunberg vermutet 2022 für einen unbekannteren Kandidaten der (ehemaligen?) Sozialistischen Partei die Aussicht auf weniger als 5%, und auch Hidalgo traut er nicht viel mehr als 10% zu. Alles zu wenig, um in die Stichwahl zu kommen.

Grunberg diagnostiziert für Frankreich die weitgehende Auflösung der Parteistrukturen (bis auf den Front National/RN) und die Orientierung von „Bewegungen“ an führenden Personen. „Populistische“ Bewegungen von rechts (Front National/RN), links (Mélenchon) und im von ihm als sozial-liberal charakterisierten Zentrum (Macron) lassen keinen großen Raum für die alte Sozialistische Partei, und das ökologische Feld wird auch schon von den Grünen besetzt.

Edgar Einemann / https://www.einemann.de/Dokumente/2021_Krise_Soz_Frankreich.pdf